

# **Bericht der AG zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes an die 1. Tagung des 5. Parteitages**

Berichterstatter Maik Nothnagel (Inklusionsbeauftragter) und AG Teilhabe

Auf seiner Sitzung am 22. und 23.3.2014 beschloss der Parteivorstand das Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Partei DIE LINKE. Im Teilhabekonzept ist festgelegt: „In Verantwortung des Bundesgeschäftsführers bzw. der Bundesgeschäftsführerin ist dem Parteitag in jedem zweiten Kalenderjahr ein diesbezüglicher Bericht vorzulegen.“ Dieser wird hiermit vorgelegt.

Auf seiner Sitzung am 5. und 6.7.2014 benannte der Parteivorstand den vom SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik vorgeschlagenen Genossen Maik Nothnagel als Beauftragten für Inklusion im Rahmen des Teilhabekonzeptes. Es wurde – wie im Teilhabekonzept vorgesehen – eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Umsetzung des Teilhabekonzeptes gebildet. Diese setzt sich zusammen aus

- Maik Nothnagel, Inklusionsbeauftragter
- Claudia Gohde, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
- Tanju Tügel, Bundesgeschäftsstelle (ztw.)
- Tatjana Behrend, Landesgeschäftsführerin Sachsen-Anhalt
- Hermann Ruttman, Landesschatzmeister Bayern
- Sylvia Müller, Landesschatzmeisterin Berlin
- Sascha Wagner, Landesgeschäftsführer NRW
- Margit Glasow, SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Utz Mörbe, SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Rolf Kohn, Koordinator der BAG, Bundesgeschäftsstelle

An einer der Beratungen der AG hat auch die Behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Katrin Werner, teilgenommen. Die AG hat im Berichtszeitraum neun Besprechungen, tlw. in Form von Telefonkonferenzen, durchgeführt.

Die AG bearbeitete die Umsetzung des Teilhabekonzeptes nach vier Aspekten:

1. Bundesparteitage
2. Informationen zum Teilhabekonzept und zur Barrierefreiheit
3. Barrierefreiheit von Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros
4. Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Ebene der Länder und der Kreise

## **1. Bundespartei und Bundesparteitage**

Seit dem Beschluss des Teilhabekonzeptes nimmt der Koordinator der BAG und tlw. der Inklusionsbeauftragte für die AG Teilhabe an den Organisationsbüro-Sitzungen zur Vorbereitung des Parteitages und an den Besichtigungen der jeweiligen Tagungsstätte des Parteitages teil.

Die Qualität der Bundesparteitage hat sich bzgl. der Qualität der Barrierefreiheit seit 2014 erheblich verbessert, beispielsweise:

- Es werden Gebärdensprachdolmetscher eingesetzt.
- Es gibt einen Nachteilsausgleichsraum (Rückzugsraum) für Menschen mit Behinderungen.
- Die Rollstuhl-Rampe zum Podium wurde verbessert.

- Es gibt Informationen für Menschen mit Behinderung in Vorbereitung des Parteitages und während des Parteitages.
- Es gibt Verbesserungen bzgl. der Ausschilderung und der barrierefreien Toiletten.
- Es wird auf barrierefreie Anreisemöglichkeiten, Behindertenparkplätze geachtet und der Bedarf an barrierefreien Unterkünften abgefragt.

Die letzten Parteitage wurden durch die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik jeweils bzgl. der Barrierefreiheit ausgewertet und die angesprochenen Kritikpunkte verändert.

Die Reisekostenordnung der Partei wurde verändert, so dass Mitglieder der Partei, die ein Mandat haben, auch die Kosten für die notwendige Assistenz zur Ausübung des Mandates von der Partei erstattet bekommen.

## **2. Informationen zum Teilhabekonzept und zur Barrierefreiheit**

Barrierefreiheit beginnt im Kopf – nach diesem Motto hat die AG begonnen, unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) den Bereich des Inklusionsbeauftragten aufzubauen, wo Informationen zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit zu finden sind. Darüber hinaus wurden die nachstehenden Aktivitäten durchgeführt:

- Es wurde ein Flyer zur Durchführung von barrierefreien Veranstaltungen erstellt, an die Kreisverbände und Landesgeschäftsstellen verschickt und auf die Homepage gestellt.
- Eine Liste mit barrierefreien Veranstaltungsstätten und -räumen ist in Arbeit und wird den Landesgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt.
- Auf Regionalkonferenzen, Landesparteitagen, Landesausschusssitzungen und Landesvorstandssitzungen wurde das Teilhabekonzept vorgestellt.
- Es wurde eine Liste mit AnsprechpartnerInnen für Gebärdensprachdolmetschung in den einzelnen Bundesländern erstellt und auf die Homepage gestellt.
- Es wurde eine Liste von barrierefreien Dokumenten der Bundes- und Landespartei und der Kreisverbände erarbeitet, die laufend ergänzt werden soll.

## **3. Barrierefreiheit von Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros**

Die Schaffung von barrierefreien Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen ist zum einen nach der UN-Behindertenrechtskonvention verbindlich, um den Menschen eine politische Teilhabe zu ermöglichen. Zum anderen ist es in einer Gesellschaft und Partei mit einem hohen Anteil von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen wichtig, barrierefreie Teilhabe zu ermöglichen. Hier gibt es zwei Ansatzpunkte: Den Umbau von vorhandenen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros und die Neuanmietung von Büros z. B. bei Wechsel der Abgeordneten oder bei Auslauf von Mietverträgen.

Der Inklusionsbeauftragte hat ein Preisausschreiben für barrierefreie Geschäftsstellen und Büros ausgeschrieben, alle Kreisverbände und Landesverbände wurden informiert, und es gab acht Bewerbungen und etliche Nachfragen. Der Preis wird auf dem Parteitag verliehen.

Um für das Thema zu sensibilisieren, ein Gefühl für den Bestand zu bekommen und Veränderungen zu erzeugen hat die AG Folgendes unternommen:

- Die Landesverbände, in denen Landtagswahlen stattfinden, wurden angeschrieben, mit der Bitte, dass BewerberInnen für Landtagsmandate sich verpflichten sollen, nur barrierefreie Büros anzumieten.
- Bei den Geschäftsstellen wird überprüft, welche barrierefrei sind.

- Die Geschäftsstellen im Eigentum der Partei werden auf Barrierefreiheit überprüft und auf mögliche Veränderungen in Richtung Barrierefreiheit.

#### **4. Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Ebene der Länder und der Kreise**

In einigen Landes- und Kreisverbänden gibt es Ansätze und tlw. konkrete Vorhaben zur Umsetzung des Teilhabekonzeptes.

- In Bayern und in NRW wurden die Reisekostenordnungen bzgl. der Assistenz verändert.
- In Hamm und Dortmund wurden von den Kreisverbänden mobile Rampen angeschafft.
- Der Kreisverband Hamm will eine barrierefreie Toilette in seiner Geschäftsstelle bauen lassen.
- Im Kreisverband Recklinghausen wurde der Beschluss gefasst, eine barrierefreie Geschäftsstelle zu suchen.
- In NRW wurde vom Landesverband die Einrichtung einer AG Teilhabe auf Landesebene beschlossen, ein Inklusionsbeauftragter benannt, ein Inklusions- und Teilhabefonds in Höhe von 3.000 EUR eingerichtet und eine mobile Induktionsschleife angeschafft. Für den Inklusionsfonds wurden schon mehr als 1.000 EUR gespendet.
- In Hamburg hat der Landesvorstand für die Sicherung der politischen Teilhabe und Barrierefreiheit ein Budget von 1.500 EUR beschlossen
- In Hessen soll ein(e) Inklusionsbeauftragte(r) benannt werden.
- Einige Landtagswahlprogramme werden in leichte Sprache übersetzt, z.B. in Berlin.
- In Sachsen-Anhalt wurde das Kurzwahlprogramm zur Landtagswahl auch in leichter Sprache und Brailleschrift veröffentlicht.
- Ein Mitglied der AG Teilhabe hat eine Fortbildung in leichter Sprache gemacht.
- Die Umsetzung des Teilhabekonzeptes in den Landesverbänden und Kreisverbänden wird weiterhin eine wichtige Aufgabe der AG Teilhabe sein.